

# Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung

Nr. 23.

zu Nr. 256 des Hauptblattes.

1929.

Beauftragt mit der Herausgabe Regierungsrat Brause in Dresden.

## Landtagsverhandlungen.

14. Sitzung.

Freitag, den 1. November 1929.

Präsident Wedel eröffnet die Sitzung 13 Uhr 5 Min.  
Am Regierungstisch Ministerpräsident Dr. Banger, die Minister Dr. Krug u. Ribba u. v. Falkestein, Weber und Regierungsvertreter.

**Präsident:** Ich darf wohl im Hinblick auf die letzte Sitzung erklären, daß ich als Präsident des Landtags diese Vorgänge auf das tiefste bedauere. (Zuruf b. d. Soz.: Wir auch! — Zurufe rechts.)

Ich erkläre weiter als Präsident, daß diese Vorgänge nichts mit dem politischen Inhalte der Vorlage zu tun haben. Ich glaube, daß es bei all diesen Lärmjahren nicht um den Inhalt des 9. November, um nichts Politisches gegangen ist, sondern daß es hier um weiter nichts geht, als um eine Auslegung der Geschäftsordnung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Sämtliche Beratungen und sämtliche Streitigkeiten, die jetzt ausgefochten werden — das erkläre ich vor dem ganzen Lande und mit innerster Überzeugung — sind keine politischen Dinge, sondern sind reine Geschäftsordnungsdinge. Ich als Präsident werde gerade auch im Hinblick auf den Präsidenten Zinkler, der mir in den bürgerlichen Zeitungen immer als vorbildlich hingestellt worden ist, der seinerzeit die bürgerlichen Minderheiten geschützt hat, meine Hand nie dazu bieten, daß die zufällige Minderheit der SPD. und KPD. durch die Geschäftsordnung und ihre Auslegung irgendwie vergrößert wird. (Sehr richtig! und Bravo! b. d. Soz. u. Komm.)

Ein Präsident hat nach den Geschäftsordnungsbestimmungen, die sich an die neue Geschäftsordnung während der Zeit ihrer Beratungen angeknüpft haben, die Verpflichtung, eine reibungslose, eine geordnete Parlamentsarbeit zu gewährleisten. (Zurufe rechts und links.) Und hier gehen nun die Ansichten auseinander. (Abg. Dr. Blüher: Sehr richtig!) Rechts wird diese Auffassung vertreten, links wird diese Auffassung vertreten. Ich werde nichts tun, was nicht in der Geschäftsordnung zu den Rechten des Präsidenten gesagt worden ist. (Abg. Böchel: Damit sind wir vollkommen zufrieden!) Ich werde aber andererseits auch nichts tun, was irgendwie so aussieht, als ob der sozialdemokratische Präsident Wedel die Geschäftsordnung habe mißbrauchen lassen. (Sehr richtig! und Bravo! b. d. Soz.)

Außerhalb der Tagesordnung wünscht Herr Abg. Dr. Blüher eine Erklärung abzugeben. (Abg. Renner: Das ist schon schade ums Papier! — Zuruf b. d. Komm.: Eröffnet nur gar nicht erst das Theater hier.)

**Abg. Dr. Blüher (D. Sp.):** Ich habe folgende Erklärung abzugeben:

Nach der Verfassung geht die Staatsgewalt vom Volke aus. (Zurufe links.)

Sie wird nach der Verfassung vom Landtag ausgeübt. Der Wille des Landtags wird durch die Mehrheit der Stimmen festgestellt.

So ist insbesondere die Einführung der beiden Feiertage im Jahre 1922 mit einer Stimme Mehrheit beschlossen worden.

Die Landtagsberatungen haben also den Zweck, den Willen der Mehrheit im Grundgedanken und in der Wortfassung festzustellen.

Da in der Frage der Feiertage die Stellung der Parteien von Hause aus klar war, wäre die Abstimmung in der ersten Beratung möglich gewesen, da die Ausschussberatung keine Änderung der Stellung der Parteien erwartete und die Förmel des Textes des Gesetzes keine Schwierigkeiten gemacht hätte.

Die im Ausschuss angenommene Fassung ist tatsächlich nur eine Änderung des Wortlautes des Gesetzes ohne Änderung des Inhalts.

Die jetzige Geschäftslage ist dadurch entstanden, daß die Sozialdemokratie mit den Kommunisten den Grundgedanken der Verfassung, daß der Wille des Landtags durch Stimmenmehrheit festgestellt wird, grundsätzlich verlassen hat —

(Lebhafter Widerspruch und Lärm b. d. Soz. — Abg. Kaupisch: Das stimmt nicht! — Abg. Werlach: Gegen die Halunken soll man sich wohl nicht einmal wehren!)

**Präsident (unterbrechend: Herr Abg. Werlach, ich rufe Sie wegen des Ausdrucks zur Ordnung! — Abg. Werlach: Das sollen wir uns wohl gefallen lassen! — Zuruf b. d. Soz.: Der ist verächtlich!) — Ich rufe auch den Juristen „Der ist verächtlich“ zur Ordnung. (Fortgesetzte Unruhe und Zurufe b. d. Soz. — Zuruf: Wer ist verächtlich?) Das müssen Sie selbst feststellen. Ich bitte doch, die Erklärung ruhig anzuhören.**

**Abg. Dr. Blüher (fortsetzend):** — mit dem Schlagworte, die Landtagsmehrheit wolle der Arbeiterschaft die Feiertage „rauben“.

(Zustimmung b. d. Soz. u. Komm. — Abg. Edel: Sehr richtig! — Abg. Liebmann: Die Erklärung ist unwahr!)

Das Schlagwort ist unwahr, denn die Mehrheit will nur die Aufhebung des 9. November durch einen verfassungsmäßigen Landtagsbeschluß.

(Abg. Renner: Ihr seid glänzende Juristen! — Zurufe b. d. Ratsoz. — Abg. Edel: Natürlich wollen Sie die Feiertage rauben!)

Der Vorwurf des Raubens ist also unbegründet. Deshalb ist auch der Beschluß der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion, den „Raub“ durch Obstruktion abzuwenden, unbegründet.

(Abg. Kaupisch: Wo ist der gefaßt worden? Sie behaupten ja Unwahrheiten!)

Da er den Zweck hat, die verfassungsmäßige Willensbildung des Landtages zu hindern, ist er eine Verleugnung der Demokratie und der Verfassung. (Stürmisches Lachen b. d. Soz. u. Komm. — Abg. Böchel: Hüter der Demokratie!)

**Präsident (unterbrechend:)** Das Wort hat Herr Abg. Dr. Blüher zu einer Erklärung. Ich bitte um Ruhe. (Lebhafte Zurufe b. d. Soz. u. Komm. — Abg. Kaupisch: Der Ministerpräsident Banger war der Geburtshelfer dabei!)

**Abg. Dr. Blüher (fortsetzend):** Die Herren Vertreter der SPD. und der KPD. haben in der letzten Landtagsitzung die Behauptung aufgestellt, daß durch die Behandlung im Rechtsausschuß und durch das Verlangen der Mehrheit, die zweite Beratung über den Gesetzentwurf wegen Aufhebung des Revolutionsfeiertages am 1. November vorzunehmen, die Geschäftsordnung verletzt worden sei.

(Lebhafte Zurufe b. d. Soz. u. Komm. — Abg. Kaupisch: Gebrochen haben Sie sie! — Abg. Edel: Das haben wir auch bewiesen!)

Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen und muß mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

(Stürmischer Widerspruch b. d. Soz. und Komm.) Die Herren Vertreter der SPD. und KPD. haben von der Rechten Gebrauch gemacht, die im § 38 Abs. 5 und § 39 Abs. 3 der Geschäftsordnung der Minderheit eingeräumt sind.

(Abg. Müller [Planitz]: Ra also!) und die darin gehen, daß die Minderheit einen eigenen Berichterstatter bestellen darf und daß ihr Antrag und seine Begründung gedruckt werden.

(Abg. Renner: Die Mehrheit bemüht sich, dieses Recht der Minderheit zu beschneiden und sie an der Ausübung dieses Rechtes zu verhindern!)

Diese Rechte sind im Ausschuss in keiner Weise beschnitten.

(Lebhafter Widerspruch b. d. Soz. u. Komm. — Abg. Kaupisch: Das ist ja ganz unwahr, was Sie da erzählen!)

und ihre Ausübung ist in keiner Weise gehindert worden.

(Erneuter lebhafter Widerspruch b. d. Soz. u. Komm.) Die Herren Vertreter der SPD. und KPD. haben diesen Vorgang nicht beachtet, als sie von einem Minderheitsberichterstatter sprachen obwohl, sie im Ausschuss nur einen Berichterstatter der Minderheit —

(Abg. Edel: Das ist ja eine äble Demagogie!)

**Präsident (unterbrechend:)** Herr Abg. Edel, ich rufe Sie wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung. (Abg. Kaupisch: Das ist eine Verdrehung von Tatsachen! — Abg. Liebmann: Das war aber eine parlamentarische Bemerkung!)

**Abg. Dr. Blüher (fortsetzend):** — nach den angesprochenen Bestimmungen der Geschäftsordnung verlangt und bestellt haben. Der Antrag der Minderheit und seine Begründung unterliegen nach der Geschäftsordnung nicht der Genehmigung des Ausschusses und waren daher dem Ausschuss nicht vorzulegen.

(Abg. Edel: Das ist ja unerhört!)

Die Herren der SPD. und KPD. haben von dem in den erwähnten Bestimmungen der Geschäftsordnung der Minderheit zugewilligten Rechte, einen Minderheitsberichterstatter zu bestellen, in ausgiebigster Weise Gebrauch gemacht.

(Widerspruch b. d. Soz. u. Komm. und Zuruf: Der Schwindel wird immer größer!)

indem sie nicht weniger als vier Minderheitsberichterstatter bestellt haben.

(Hört, hört! rechts. — Abg. Müller [Planitz]: Das ist doch kein Unrecht!)

Auch diese weitgehende Ausübung ihres Rechtes ist ihnen nicht bestritten worden.

(Abg. Edel: Weil Sie es nicht können! und Zuruf b. d. Soz.: Sehr gnädig!)

Diese vier Herren hatten auch, nachdem die sachliche Beratung im Ausschuss am Montagabend beendet worden war, bis zum Freitag, den 1. November, ausreichend Zeit, ihre Anträge

(Lebhafter Widerspruch b. d. Soz. u. Komm. und Zuruf: Das bestimmen Sie doch nicht!)

und die Begründung dazu abzufassen und drucken zu lassen.

(Widerspruch b. d. Soz. u. Komm. — Abg. Renner: So sehen Sie aus! — Zuruf b. d. Komm.: Das ist ja Schwindel!)

**Präsident (unterbrechend:)** Ich rufe den Zwischentrufer, der das Wort Schwindel gebraucht hat, zur Ordnung. (Zuruf b. d. Komm.: Gegen alle Wahrheit!)

**Abg. Dr. Blüher (fortsetzend):** Von einer Verletzung der Geschäftsordnung durch die Ausschussmehrheit und durch den Ausschussvorsitzenden kann danach keine Rede sein.

(Zurufe b. d. Soz.: Gerabesu unerhört!)

In der Landtagsitzung vom 29. Oktober 1929 haben Mitglieder der Linken planmäßig und dauernd die Verhandlungen durch Ordnungswidrigkeiten gestört, (Zurufe b. d. Soz.: Gemeinheit! — Sie haben sie gestört! — Abg. Renner: Das geht Sie gar nichts an!), indem sie fortgesetzt Beleidigungen der Vertreter der Mehrheit ausgesprochen und durch Lärmen, insbesondere durch Schlagen mit Pulstöcheln sich bemüht haben, die Verhandlungen unmöglich zu machen. (Sehr richtig! rechts.)

Wir ersuchen den Herrn Präsidenten, solchen Störungsversuchen mit Energie entgegenzutreten.

Der Herr Präsident hat die heutige Tagesordnung entgegen dem Beschluß des Vorstandes, der dem Hause bereits mitgeteilt war, anders festgesetzt. Wir wollen gegen diese heutige Tagesordnung trotzdem keinen Einspruch erheben — (Lärmende Zurufe links.)

**Präsident (unterbrechend:)** Ich bitte, Herrn Abg. Dr. Blüher doch bei der Erklärung nicht zu stören. (Anhaltende Zurufe links. — Abg. Edel: Sie glauben das ja selber nicht, was Sie sagen!)

**Abg. Dr. Blüher (fortsetzend):** — unter der Bedingung, daß bevor die zweite Beratung der Feiertagsangelegenheit auf morgen, Sonnabend vormittag 11 Uhr festgesetzt wird. (Lachen und Zurufe links. — Abg. Edel: Bedingungen werden überhaupt nicht gestellt!)

**Präsident:** Das Wort zu einer Erklärung hat Herr Vizepräsident D. Sidmann.

**Abg. D. Sidmann (D. Sp.):** Zu den in der Sitzung vom 29. Oktober abgegebenen Erklärungen der Fraktionen der SPD. und KPD. gegen die Geschäftsordnung verlegt worden sind, gegen die Stellungnahme der Mehrheit in den Sitzungen des Rechtsausschusses vom 24., 25., 28. und 29. Oktober habe ich festzustellen:

Die Behauptung, daß Vorschriften der Geschäftsordnung verletzt worden sind, um eine Minderheit zu vergrößern, entspricht nicht den Tatsachen.

(Abg. Edel: Das ist ja bewiesen! — Abg. Kaupisch: Das ist Ihre Auffassung, Herr Vizepräsident! — Abg. Edel: Der Zweck heiligt die Mittel! — Anhaltende Zurufe links.)

**Präsident (unterbrechend:)** Ich bitte, doch die Erklärung in Ruhe entgegenzunehmen.

**Abg. D. Sidmann (fortsetzend):** Die einzelnen beanstandeten Maßnahmen meiner Geschäftsführung sind unzutreffend dargestellt.

1. Über Eingaben, die erst eingegangen waren, als bereits ein Antrag auf Schluß der Beratung gestellt worden war

(Abg. Edel: Das stimmt nicht! Das wird entschieden bestritten! Sie wissen ganz genau, daß das nicht stimmt. — Zurufe links. — Abg. Edel: In der Bibel steht, man soll sich an die Wahrheit halten! — Zuruf b. d. Soz.: Der kennt ja die Bibel nicht!)

wurde nach Schluß der Beratung noch besonderer Bericht erstattet. Ein Antrag der Minderheit, nach dem die Eingaben als Obstruktionsmittel verwendet werden sollten,

(Abg. Edel: Ist ja recht, haben Sie ja anerkannt!), indem verlangt wurde, sie in vollem Umfange vorzulesen und eine besondere Aussprache über sie zu eröffnen, fand allerdings Ablehnung, zumal sich aus der Berichterstattung ergeben hatte,

(Zuruf b. d. Soz.: Wieder eine Vergrößerung!), daß die nachträglich eingegangenen Eingaben nichts anderes enthielten, als die früheren, die bereits beraten waren.

(Abg. Edel: Das behaupten Sie bloß!)

Durch Berichterstattung und Beschlussfassung sind auch diese Eingaben ordnungsgemäß nach § 45 Abs. 2 erledigt worden.

(Abg. Kaupisch: Gegen unseren Protest, Herr Präsident!)

2. Wenn behauptet wird, der Vorsitzende habe sich gezwungen, einen Antrag der Minderheit zur Abstimmung zu bringen,

(Abg. Edel: Jawohl, hat er!)

so beruhte der hier berührte Vorgang auf einem Mißverständnis.

(Abg. Edel: Ist wieder einmal ein Irrtum!)

Abg. Edel hatte Donnerstag vormittag einen Antrag gestellt, der dem Vorsitzenden nicht schriftlich übergeben worden war.

(Abg. Edel: Doch, das ist geschehen; Sie haben ihn verlesen! — Lachen b. d. Soz. — Zuruf b. d. Soz.: Es steht sogar im Protokoll, daß Sie ihn bekommen haben!)

Daher wurde dieser Antrag Montag abend zunächst nicht zur Abstimmung gestellt, um so weniger, als er sich inzwischen dadurch erledigt hatte,

(Abg. Edel: Nicht wahr! Er hatte sich nicht erledigt!)

daß der Regierungsvertreter die hier geforderte Auskunft bereits am Freitagvormittag erteilt hatte. Nachdem indessen festgestellt worden war, daß dieser Antrag, obwohl er sich sachlich erledigt hatte, dennoch festgehalten werden sollte, wurde auch über ihn noch abgestimmt.

(Abg. Edel: Weil Ihnen nichts mehr weiter übrig blieb, das müssen Sie hinzufügen!)

3. Der Anspruch der Minderheiten auf Berichtserstattung ist nicht bestritten worden. Ohne

stärksten Widerspruch wurde davon Kenntnis genommen, daß Abg. Edel die Rechte eines Berichterstatters der Minderheit nach G. D. § 39 Abs. 3 ausüben wollte.

(Abg. Edel: Wir haben einen Minderberichtsatter verlangt, wie es im Protokoll steht.)

Als später weitere Berichtsatter der Minderheit bestellt werden sollten, ergaben sich allerdings Meinungsverschiedenheiten. Zunächst wurde ein besonderer Berichtsatter der Minderheit für einen von mir zur Vorlage Nr. 13 gestellten Änderungsantrag verlangt, dessen Zulässigkeit übrigens ohne Recht bestritten worden ist. Da bereits für Minderheitsanträge zu Vorlage Nr. 13 ein Berichtsatter der Minderheit bestellt war, mußte dieser Anspruch zurückgewiesen werden. Im übrigen hat aber der Vorsitzende keineswegs sich geweigert, das Recht der Minderheiten auf Berichtsatter anzuerkennen.

(Abg. Edel: Freilich haben Sie sich geweigert. Sie sind nur unter dem Zwang der Paragraphen dazu gekommen! — Abg. Kaufisch: Stundenlang mußten wir dafür kämpfen! — Abg. Edel: Das kommt alles nicht, was da drin steht!)

4. Auch das Recht der Minderheit auf Drucklegung einer Begründung ihrer Anträge nach G. D. § 38 Abs. 5 ist nicht bestritten worden.

(Abg. Edel: Weil Sie es nicht mehr konnten!) Da es sich hierbei aber nicht um Berichte handelt, die im Auftrage des Ausschusses erstattet werden, waren diese Begründungen auch dem Ausschuss nicht zur Beschlussfassung vorzulegen. Für Abfassung dieser Begründungen wurde ein voller Sitzungstag freigegeben.

(Abg. Edel: Gnädig!) Die beanstandete Frist war nur durch die Obstruktion veranlaßt, wie übrigens auch schriftliche Berichtsatterung und Drucklegung der Begründungen von Minderheitsanträgen selbst nur als Obstruktionsmittel beantragt worden waren. Was angeordnet wurde, war demnach nach der Geschäftsordnung zulässig und sachlich gerechtfertigt.

(Abg. Edel: Das war wieder einmal eine richtige Jesuitenpredigt!)

Präsident: Die Erklärung wird zur Kenntnis genommen. Zur Tagesordnung wünscht der Herr Abg. Dr. Bläher zunächst das Wort.

Abg. Dr. Bläher (D. Sp.): Wir beantragen: vor Eintritt in die Tagesordnung als ersten Punkt zu beraten: Festsetzung der Tagesordnung für die nächste Sitzung, und beantragen, morgen vormittag 11 Uhr die nächste Sitzung anzulegen mit der Tagesordnung: Zweite Beratung über die Vorlage Nr. 13. (Zuruf b. d. Soz.: Das könnte Ihnen so passen!)

Präsident: Es ist der Antrag gestellt worden, vor Eintritt in die Tagesordnung den Antrag Dr. Bläher, den Sie eben gehört haben, zu behandeln. Ist der Landtag damit einverstanden? (Zurufe b. d. Komm. u. Soz.: Nein! — Abg. Edel: Das ist wieder ein Bruch der Gewohnheiten!)

Der Antrag wird mit 46 gegen 45 Stimmen angenommen.

Abg. Hartisch (Soz. — zur Geschäftsordnung): Herr Abg. Dr. Bläher hat den Antrag gestellt, morgen eine Sitzung einzuberufen. Die Sozialdemokratische Fraktion wendet sich gegen diesen Antrag und beantragt entgegengesetzt, die nächste Sitzung am 19. November einzuberufen. (Lachen rechts.) Zur Begründung brauche ich bloß darauf zu verweisen, daß ja am 17. November eine außerordentlich wichtige politische Entscheidung in Sachen gefaßt werden muß, und wir denken gar nicht daran, die Auseinandersetzungen über eine so wichtige politische Entscheidung uns dauernd dadurch stören zu lassen, indem Sie unter Beugung der Rechtsverhältnisse und unter Bruch der Geschäftsordnung Tag für Tag eine Sitzung verlangen. (Zustimmung links. — Redner erhält einen Ordnungsruf.)

Wenn man die Berichtsatterung der bürgerlichen Parteien in der Presse zu dem ganzen Fragenkomplex verfolgt, dann kann man allerdings feststellen, daß diese bürgerliche Berichtsatterung die Grundlage des ganzen Streites auf eine vollständige falsche Basis schieben will. Es ist doch so: Sie, meine Herren von der Rechten, die Sie sich nicht einmal getraut haben, Ihren Standpunkt das letzte Mal hier in aller Öffentlichkeit zu vertreten, wollen sich jetzt durch die Methode, uns in der Öffentlichkeit vor der Arbeiterschaft zu diskreditieren, aus der Schlinge ziehen; und deswegen ist es vollständig abwegig, wenn z. B. Herr Dr. Dehne glaubt, uns in der Presse gute Ratsschläge darüber geben zu müssen, daß wir die Geschäftsordnung nicht ordentlich gehandhabt oder ausgelegt hätten. Wir weisen solche Belehrungen dankend zurück, und ich stelle fest, daß das so ziemlich den Höhepunkt in Bezug auf demagogische Leistungen darstellt. (Zustimmung links.) Sie wissen ganz genau, daß Sie für die Vorgänge, die sich hier abgespielt haben, ganz allein verantwortlich sind, weil Sie nichts anderes getan haben, als sowohl im Ausschuss als auch hier im Plenum das Recht vollständig immer in Unrecht umzuwandeln. Gegen diese Demagogie wenden wir uns mit aller Entschiedenheit.

Ich stelle noch einmal fest: Wir haben im Ausschuss einen Minderberichtsatter verlangt, wir haben ihn auch zugewilligt erhalten, und es ist eine nachträgliche Denomination, die darauf hinauslaufen will, daß zwischen Minderberichtsatter und Berichtsatter der Minderheit ein Unterschied gemacht werden müsse. Ich stelle deswegen im Gegensatz zu Herrn D. Hidmann fest, daß wir an allen unseren Behauptungen vollinhaltlich festhalten, daß alles das stimmt, was wir gesagt haben, und verweise nochmals darauf, daß die §§ 38, 5 und 39, 3 ganz klar unser Recht in der Geschäftsordnung festlegen. Es ist auf jeden Fall ungeheuerlich, wenn man den Minderberichtsattlern zumutet, daß sie ohne Kenntnis der atemmäßigen Grundlagen, ohne daß man ihnen diese ausgehändig hat, einen schriftlichen Bericht abgeben sollen. Ein solches Verhalten wäre leichtfertig von den Minderberichtsattlern. Ich stelle fest, daß wir erst heute verlangen mußten, daß diese Akten an die Mitglieder des Landtages ausgehändig werden (Zurufe links.) und daß die Minderberichtsatter diese

Akten erst heute morgen zugestellt erhalten haben. Und da wollen Sie sagen, daß Sie von der Bestimmung, daß die Minderberichtsatter angemessene Zeit haben müssen, Gebrauch machen? Was Sie tun wollen, ist nichts anderes, als den Rechtsboden zu erschüttern durch eine parlamentarische Anarchie. (Lebhafte Sehr richtig! links.) Sie wollen einfach den Terror, den man gegen uns im Ausschuss angewandt hat, auch auf die Verhandlung im Plenum übertragen. (Sehr richtig! links.) Als es sich seinerzeit darum gehandelt hat, Arbeiterleben und Arbeiterblut zu schämen, da haben Sie 7 Monate gebraucht, um diesen Bericht herzustellen (Sehr richtig! links.), und heute, wo es sich um den Raub von Arbeiterrechten handelt, da peitschen Sie die Sachen durch, da können Sie die Fristen nicht kurz genug setzen. (Sehr richtig! links.)

Wir haben im Verlauf der Angelegenheit heute noch folgende Anfrage eingebracht:

Sicherem Vernehmen nach ist eine Delegation des Sächsischen Saalinhaberverbandes bei der Regierung vorstellig geworden, um zu erreichen, daß in diesem Jahre die Aufhebung des 9. November als gesetzlicher Feiertag mit Rücksicht auf die sonst dem Gewerbetreibenden entfallenden wirtschaftlichen Schäden unterbleibt. (Lebhafte Sehr richtig! links.)

Wir fragen die Regierung:

Gedenkt sie dem Verlangen der in Frage kommenden Wirtschaftskreise Rechnung zu tragen oder ist sie gewillt, den rechtsstabilen Parteien des Landtages nachzugeben, die aus Prestige Gründen die Vorlage Nr. 13 noch vor dem 9. November verabschieden wollen?

Sie wissen ganz genau, daß das, was wir in dieser Hinsicht bereits im Ausschuss beantragt hatten, den Stimmungen in diesem Kreise entspricht, aber trotzdem sehen Sie sich, die Sie die Belange der Wirtschaft sonst immer wahren wollten, in leichtfertiger Weise über diese Dinge hinweg. Deshalb beantragen wir, die nächste Sitzung auf den 19. November festzusetzen.

Abg. D. Hidmann (Dtsch. Sp.): Herr Abg. Hartisch hat behauptet, daß die Herren Minderberichtsatter ihre Aufgabe nicht haben erledigen können, weil ihnen das notwendige Material nicht zur Verfügung gestellt worden sei. Ich stelle fest, daß ich sofort der Kanzlei Anweisung gegeben habe, die Niederschriften und Stenogramme den Herren zur Verfügung zu stellen. (Zuruf b. d. Soz.: Genügt doch nicht!) Die Kanzlei ist dieser Anordnung nachgekommen und teilt mir in Erledigung dieses Auftrages folgendes mit:

Die Niederschriften des Rechtsausschusses über die Beratung der Vorlage Nr. 13 usw. sind den Herren Berichtsattlern jeweils nach Fertigstellung zugestellt worden, und zwar:

- 1. die Niederschrift vom 24. Oktober 1929 am 26. Oktober 1929 Herren Abg. Dr. Eberle und Edel,
- 2. die Niederschrift vom 25. Oktober 1929 am 26. Oktober 1929 denselben Herren und den Herren Abg. Renner, Schöning und Herrmann,
- 3. die Niederschriften vom 28. Oktober 1929 am 30. Oktober 1929 denselben Herren,
- 4. die Niederschrift vom 29. Oktober 1929 am 30. Oktober 1929 denselben Herren.

Gleichzeitig sind die entsprechenden Niederschriften der Regierung überhandt worden.

(Abg. Edel: Das sind doch nicht die einzigen Unterlagen!) Das geschiefte Aktenstück enthält nichts weiter als das, was in Abschrift die Herren rechtzeitig und sofort zur Verfügung gestellt bekommen haben. (Widerpruch b. d. Soz. — Zuruf: Wo sind die Eingaben?)

Abg. Bertel (Soz.): Daß Sie unter Bruch der Geschäftsordnung die Durchpeitschung der Vorlage vornehmen wollen, dürfte wohl trotz der Erklärungen des Bürgerturns feststehen. Bezeichnet ist aber nun wieder folgender Vorgang. Der Herr Präsident hat auf Grund seiner ihm durch das Land gegebenen Vorschriften das Recht, die Tagesordnung für eine Sitzung festzusetzen. Die Bürgerlichen wollen dieses Recht des Präsidenten dadurch beschneiden, daß sie sagen: wir sind bereit, diese Tagesordnung heute zu verhandeln, knüpfen aber Bedingungen daran. (Hört, hört! links.) Das ist ein unerhörter Vorgang (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz. und Komm. — Abg. Dr. Bläher: Sie haben keine Ahnung!) und wieder ein neuer Bruch der Geschäftsordnung. Sie haben sehr viel Ahnung von Demagogie, Herr Kollege Bläher. (Zuruf b. d. Soz.: Das können Sie in Ihrer Volkspartei machen, aber nicht im Landtage!) Uns ist es ja verständlich, daß das Bürgerturn wünscht, daß der Feiertag des 9. November so schnell wie möglich beseitigt wird. Denn das ist die Erinnerung an eine Schande für Sie, als Sie im Jahre 1918 so feige waren (Lebhafte Sehr richtig! b. d. Soz. und b. d. Komm.), das zu vertreten und zu verteidigen, was Sie bisher vertreten und verteidigt haben, genau so feige, wie Sie heute sind, um Ihren Standpunkt zu rechtfertigen. (Stürmische Zustimmung b. d. Soz. und b. d. Komm. — Hammer des Präsidenten. — Der Redner wird zur Ordnung gerufen.)

Nun wird behauptet, daß der Herr Minderberichtsatter Zeit genug gehabt habe, seinen Bericht fertigzustellen. Da will ich doch darauf hinweisen, wieviel Zeit der Herr Minderberichtsatter Lippe — es geht Sie an, Herr Lippe (Zurufe b. d. Soz.) — gebraucht hat, um seinen Bericht im Falle Böhlen zu erhalten (Sehr richtig! b. d. Soz. u. Komm.) Als der seinerzeit von uns beantragte Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde, da habe ich am 8. September den ersten Bericht im Rechtsausschuss erstattet, und da kam der Herr Kollege Lippe und sagte: Ich kann keinen Bericht geben, denn mir ist kein Material zugänglich (Lebhafte Sehr richtig! b. d. Soz. u. Komm.), und er hat dann volle 7 Wochen gebraucht, um seinen ersten außerordentlich oberflächlichen Bericht fertigzustellen. (Abg. Lippe: Sie alter Plegel! — Stürmische Zurufe b. d. Soz. u. Komm. — Der Abg. Lippe und der Redner erhalten beide einen Ordnungsruf.)

Ich möchte feststellen, daß ich dem Herrn Abg. Lippe seinen Vorwurf gemacht habe. (Fortgesetzte Zurufe b. d. Soz. u. Komm., u. a.: Ein zynischer Herr!) Herr Kollege Lippe hat seinerzeit im Ausschuss erklärt, er könne deshalb den Bericht nicht erstatten, weil er das Material nicht zur Verfügung gestellt erhalten habe. Wir ist

leider viel zu spät mitgeteilt worden (Zurufe b. d. Soz.) 7 Monate hat es gedauert!), daß der Herr Abg. Lippe tatsächlich das Material zur Verfügung gehabt hat (Lebhafte Sehr richtig! und Hört, hört! b. d. Soz. u. Komm. — Zuruf b. d. Soz.: So wird geschwindelt! — Hammer des Präsidenten. — Fortgesetzte stürmische Zurufe b. d. Soz. u. Komm.)

Abg. Wagner (Wirtsch.): Herr Abg. Hartisch hat hier eben gesagt, der Saalinhaberverband hätte sich an das Ministerium gewandt, um zu verlangen, daß der 9. November befreit bleibt. Ich habe hier die Erklärung abgegeben, daß das eine Unwahrheit ist. (Lebhafte Sehr richtig! rechts und in der Mitte. — Lachen links.) Der Vorsitzende des Saalinhaberverbandes ist erst vor einer halben Stunde bei mir gewesen und hat mir erklärt, daß er damit absolut nichts zu tun habe. Die Behauptung ist also unwahr. (Widerpruch und stürmische Zurufe links.)

Abg. Renner (Komm.): Ich möchte zunächst einmal feststellen, daß meiner Auffassung nach die ganze Diskussion jetzt hier absolut unzulässig ist, daß sie faktisch abgelehnt wurde. (Sehr wahr! b. d. Soz. u. Komm.) Nach unserer Feststellung haben 46 Abgeordnete gegen das Durchführen dieser Diskussion gestimmt. Der Antrag also ist eigentlich abgelehnt worden. Da wir aber einmal darin sind, können wir auch den Laden jetzt ruhig weiter machen.

Ich möchte zuerst einmal ganz sachlich folgendes feststellen: die Angaben des Herrn Vorsitzenden des Rechtsausschusses sind insofern unrichtig (Zuruf links: Direkt erlogen!), als der Herr Abg. Herrmann von unserer Fraktion erst heute morgen die gesamten Protokolle des Ausschusses zur Verfügung gestellt erhielt, erst heute früh, vorher gar nichts! Hingukommt, daß von den Eingaben noch nicht ein einziger Fetzen vorliegt und daß eine Fertigstellung des Berichtes also eine Unmöglichkeit darstellt. Somit zeigt sich, daß nicht die Minderheit, sondern die Mehrheit nach wie vor einen Bruch der Geschäftsordnung durchführt. Wenn die Mehrheit bei der vorigen Beratung sich noch hinter einige juristische Formulierungen vertriehen konnte, so haben die faktisch unwahren Behauptungen, die jetzt hier aufgestellt sind, unterstrichen, daß es sich um einen bewußten und gewollten Bruch der geschäftsordnungsmäßigen Bestimmungen handelt (Sehr richtig! links.) Ich erkläre auch hier wieder: wir sind weder bereit noch gewillt, uns einen derartigen Bruch der geschäftsordnungsmäßigen Rechte gefallen zu lassen. (Sehr richtig! links.) Wir werden auch heute wieder — ich sage ausdrücklich — mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln und mit allen Möglichkeiten gegen diese Handhabung der Geschäftsordnung ankämpfen. (Lebhafte Sehr richtig b. d. Komm. u. Soz.)

Ueber die politische Seite der Aufhebung der Feiertage können wir uns ein anderes Mal auseinandersetzen, aber jetzt geht es um diese Frage, und ich sage und unterstreiche noch einmal, was ich in der vorigen Sitzung schon unterstrichen habe: Noch nie wurde mit einer solchen Rücksichtslosigkeit und Skrupellosigkeit vorgegangen! (Lebhafte Sehr richtig b. d. Komm. u. Soz. — Redner wird zur Ordnung gerufen.) Wir mahnen uns mit allen Mitteln, die wir für richtig erachten, und wenn jene Seite die Bahnen, die sie sonst für heilig erklärt, verläßt, haben wir zumindest das Recht, scharf pointiert zu sagen, was Recht ist. (Lebhafte Zustimmung b. d. Komm. u. Soz.) Hier wollen Sie einen reaktionären Vorstoß mit einer brutalen Mehrheitsmaßnahme durchführen, mit einer Maßnahme, die eine schamlose Vergewaltigung darstellt! (Stürmische Zustimmung b. d. Komm. u. Soz. — Redner erhält einen zweiten Ordnungsruf.) Man wagt es dabei noch, diese Maßnahme mit Behauptungen auf Ihre Verfassung zu verteidigen, und das Lächerliche dabei ist, daß die Leute, die ein paar Tage vorher hierherkommen und erklären, wir preisen auf Ihre Verfassung, sich auf solche verfassungsmäßige Bindungen hier festlegen und damit dokumentieren, daß sie allezeit willige Knechte zu jeder Vergewaltigung des Proletariats darstellen. Wir sind die Vertreter des Proletariats und wir werden uns dagegen zur Wehr setzen. (Lebhafte Händeklatschen b. d. Komm.)

Präsident: Wenn noch einmal geklatscht wird, dann verweise ich die Herren Abgeordneten aus dem Saale. (Zuruf b. d. Komm.! Warum so aufgeregt?)

Abg. Herrmann (Komm.): Herr Vizepräsident D. Hidmann hat geglaubt, er kann durch seine Erklärung dem Hause und also auch der Öffentlichkeit dartun, daß die Angaben, die hier vom Minderberichtsatter gemacht worden sind, nicht den Tatsachen entsprechen. Er glaubt dies bekräftigen zu müssen durch Angabe von bestimmten Terminen durch ein Schriftstück, das er vorgelesen hat. Ich stelle fest, daß heute morgen gegen 11 Uhr durch den Diener des Landtages nur das Stenogramm der letzten Sitzung an mich abgegeben worden ist, also weder eine Eingabe, noch ein Aktenstück, noch sonst etwas. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob dieses Schriftstück wirklich echt ist, ob es wirklich von der Kanzlei abgegeben worden ist. Es ist unerhört, wenn sich jemand hier herstellt und die Berichtsatter der Minderheit in der Öffentlichkeit der Unwahrheit bezichtigt. Ich möchte dagegen protestieren.

Abg. Müller (Planh.) (Soz.): Es stellt sich eine Wipfelleistung von Demagogie und Verschleierung der Tatsachen dar, wenn man hierher kommt und will Tatsachen umbiegen, wie das heute der Herr Oberbürgermeister Dr. Bläher versucht hat (Zuruf links: Großer Scheißermeister! Obersteher!) — Der Zwischenrufer wird zur Ordnung gerufen.) Er hat heute früh durch seine Erklärung den Gegenstand vollkommen verschoben und man stellt sich nun noch hierher und hat die Stirn, als wenn die anderen die Vergewaltigung vornähmen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn das dann mit Schamlosigkeit nichts mehr zu tun haben soll, dann verheße ich tatsächlich eine solche Deduktion nicht. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wenn den Herrschaften dann mit aller Deutlichkeit ins Gesicht gesagt wird, daß sie sich schämen sollen vor dem ganzen Lande (Abg. Hidmann: Sehr wahr!), und sie wollen das noch abstreiten, daß es sich

um eine Vergewaltigung handelt, so ist das eine Gipfelleistung von Demagogie. Sie kommen hierher und schreien: haltet den Dieb! (Sehr richtig! b. d. Soz.) und diese Gesellschaft will dann noch das Recht für sich in Anspruch nehmen, gegenüber anderen von Vergewaltigung zu sprechen. Der Herr Abg. Dr. Bläher hat den Gegenstand insofern verschoben, als er sagt, die Mehrheit des Landtages bestimmt. Sehr richtig, sie bestimmt, aber sie hat zu bestimmen im Rahmen der Geschäftsordnung. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Solange Sie die Geschäftsordnung umbiegen, solange Sie tatsächlich den Differenzpunkt auf eine solche Art und Weise verschieben, muß man von einer gesteigerten Heuchelei sprechen. (Redner wird zur Ordnung gerufen.) Auch das bestreiten wir, daß der Ausschuss das Recht hat, einem Berichterstatter zu sagen, du mußt innerhalb 24 Stunden fertig sein. (Sehr richtig! b. d. Soz. und Komm.) Du bekommst einen Tag genannt, und wenn du da nicht fertig bist, gehen wir über die Geschäftsordnung hinweg, die davon gar nichts zu sagen weiß, und bestimmen einfach, an dem und dem Tage wird die Frage im Landtag behandelt. Wir bestreiten dem Ausschusse dieses Recht und verlangen erneut und entschieden, daß das Recht der Berichterstatter gewährleistet ist. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Es ist ja ganz selbstverständlich, solange in dem Landtage, wo die Nationalsozialisten zum Ausdruck bringen können, daß sie auf die Verfassung pfeifen, wo sie zum Ausdruck bringen können und ankündigen können Nord, Kopfabschlagen, Aufhängen usw. (Lärm b. d. Soz. und Komm.) sich kein Präsident findet, (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz. und Komm.) — Steigender Lärm und Klappen mit den Pultdeckeln, der sich dagegen wendet, (Stürmische Zurufe und fortbauender Lärm b. d. Soz. und Komm.), solange der Herr Vizepräsident Dr. Edardt (Abg. Edel: Sehr wahr!) sich hierbei an die Seite der Kopfabschläger, der Aufhänger stellt (Ungeheurer Lärm b. d. Soz. und Komm.) — Hammer des Präsidenten — Stürmische Zwischenrufe und dauerndes Klappen mit den Pultdeckeln — Zuruf links: Diese Salunken sind die Stütze der Regierung! —

**Präsident** (unterbrechend): Ich schließe alle diejenigen von der Sitzung aus, die mit Pultdeckeln arbeiten.

**Abg. Müller** (Planitz) (Soz. — fortfahrend): Man hat also erleben können, daß in der Sitzung des Landtages der Herr v. Killinger sich hierher stellen konnte und konnte den Landtag mit Schmutzereien bearbeiten, wie ein besoffener Korporal. Der Herr Vizepräsident (Stürmische Zurufe b. d. Soz. und Komm.) — Erneuter Lärm mit den Pultdeckeln. —

**Präsident** (unterbrechend): Herr Abg. Müller, ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung und mache Sie auf die Folgen des dritten Ordnungsrufes aufmerksam. (Erneuter Lärm und stürmische Zurufe b. d. Soz.)

**Abg. Müller** (Planitz) (Soz. — fortfahrend): Wenn das alles zulässig ist, dann versteht man auch, daß man mit einer solchen Brutalität und mit einer solchen Willkür hier die Berichterstatter der Minderheit vergewaltigt. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Ich wende mich mit aller Entschiedenheit noch einmal dagegen, daß sich die Mehrheit dieses Landtages viel schlimmer benimmt als das kleinste Vorparlament. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

**Stellv. Präsident Dr. Edardt** (Dnat.): Wenn Herr Abg. Müller (Planitz) beanstandet, daß ich Herrn Abg. v. Killinger nicht zur Ordnung gerufen habe (Zurufe b. d. Soz.: Da haben Sie geschlafen! — Erneuter Lärm b. d. Soz. u. Komm. und Schlagen mit den Pultdeckeln), weil er in seiner Rede von Kopfabschlagen usw. gesprochen habe (Zuruf b. d. Soz.: Da müssen Sie das Stenogramm nachlesen!), so dürfen Sie nicht solchen Lärm machen, wie Sie ihn machen, denn dann kann der Präsident nicht verstehen, was der Abgeordnete, der spricht, sagt. (Stürmische Zurufe und Lärm b. d. Soz. u. Komm.) — **Abg. Müller** (Planitz): Das Stenogramm war doch schon oben! Der Herr Vizepräsident D. Edardt, der neben mir gesessen hat (Abg. Müller (Planitz): Sie wollten es ja beide nicht hören!), hat auch nichts gehört. (Zuruf des Abg. Renner. — Abg. Kaupisch: Das sind ja alles Klauen, was Sie da erzählen! — Die Abg. Renner und Kaupisch werden zur Ordnung gerufen. — Stürmische Zurufe rechts und links.)

**Abg. Edel** (Soz.): Ich stelle fest, daß an den Erklärungen, die wir — (Abg. Liebmann (nach rechts): Sie sind ein Feigling, ein feiger Mensch! — Abg. Liebmann (Soz.) wird zur Ordnung gerufen) in der letzten Sitzung festgestellt haben, sich sachlich nicht das Mindeste durch die bandwurmartigen Erklärungen des Herrn Dr. Bläher geändert hat, sondern im Gegenteil ist das unterstrichen worden, was wir feststellen hatten. (Sehr richtig! links), nämlich die einzigartige Vergewaltigung im Rechtsausschuss. Herr Dr. Bläher, der den Verhandlungen ja selbst nicht beigewohnt hat (Hört, hört!), hat hier die Stirne gehabt, Vorgänge zu bestreiten, die sich nicht bestreiten lassen. (Erregte Zurufe links.) Es ist klar gesagt worden, daß wir Obstruktion und eine Opposition gegen diese Vorlage trieben. Das ist unser gutes Recht aus politischen Gründen. Wie die bürgerliche Mehrheit in den vergangenen Jahren es damals verstanden hatte, mehrere Jahre die Dekretierung der Revolutionsfeiertage zu verhindern, so ist es unser parlamentarisches Recht, mit allen geschäftsordnungsmäßigen Mitteln gegen diese Vorlage zu kämpfen. (Sehr richtig! links.) Uns daran gehindert zu haben, ist das Verdienst der bürgerlichen Mehrheit, weil sie aus Prestigegründen und aus weiter nichts anderem trotz der wirtschaftlichen Schädigung, die entstehen muß, diese Feiertagsvorlage noch vor dem 9. November verabschieden will. Diese Möglichkeit besteht nicht, das wissen Sie ganz genau. Deswegen scheuen Sie vor einer Vergewaltigung nicht

zurück; denn ich muß meinerseits unterstreichen, daß ich als Mitberichterstatter erst am heutigen Tage die Akten bekommen habe. (Lebhafte Hört, hört! links.) Es ist demnach eine unerhörte Zumutung (Sehr richtig! links), daß am heutigen Tage die zweite Lesung der Vorlage stattfinden sollte.

Ich stelle weiter fest, daß all das, was in sachlicher Beziehung Herr Edardt einwenden wollte, nicht zur trifft. Unsere wiederholten Proteste bei den Geschäftsordnungsdebatten im Rechtsausschuss sind nicht beachtet worden. Aber diese Proteste ist man zur Tagesordnung übergegangen. Ja, man hat die Stirne gehabt, sich über unsere Proteste auch noch lustig zu machen (Erregte Zurufe links: Hört, hört!), sich lustig zu machen über eine Opposition, die wir um die heiligsten Gefühle der Arbeiterbevölkerung führen müssen (Großer Lärm. — Erregte Zurufe links. — Gegenrufe rechts), um die Gefühle der Arbeiter gegen eine Vergewaltigung (Andauerndes Pultdeckelklappen b. d. Soz. u. Komm. — Erregte Zurufe. — Ungeheurer Lärm unter.) — Die Worte des Redners gehen im allgemeinen Lärm unter. — Wie werden dafür sorgen, daß diese Vergewaltigung (Anhaltender, ungeheurer Lärm. — Hammer des Präsidenten. — Der Präsident kann sich in dem allgemeinen Lärm nicht verständlich machen.) —

**Präsident**: Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 13 Uhr 57 Minuten.)

Die nächste Sitzung ist auf Dienstag, den 5. November, 13 Uhr, und zwar mit der alten Tagesordnung:

1. Fortsetzung der Beratung der Tagesordnung vom 29. Oktober 1929 und zwar Punkt 6:  
Anfrage des Abg. Arndt u. Gen. über die öffentliche Bewirtschaftung des Wohnraums des Gutsbezirks Zeithain-Lager. (Drucksache Nr. 32.)
2. Erste Beratung über die Vorlage Nr. 8, den Entwurf eines Gesetzes über die Beiträge bei den Bergbehörden betr.
3. Anfrage des Abg. Renner u. Gen. über die Durchführung von Landtagsbeschlüssen wegen des Ausbaues der Gewerbeaufsichtsämter. (Drucksache Nr. 180.)
4. Erste Beratung über die Vorlage Nr. 15, den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Landeskulturrentenbank.
5. Beratung über den Antrag des Abg. Renner u. Gen. wegen Sicherung ungeschützter Bahnübergänge. (Drucksache Nr. 170.)
6. Anfrage des Abg. Renner u. Gen. über die Durchführung von Landtagsbeschlüssen wegen Ausgabe verbilligter Fahrkarten auf den staatlichen Kraftwagenlinien an Angestellte, untere Beamte u. a. (Drucksache Nr. 175.)

anberaumt worden.